



Der Arbeiter

Organ der Allg. Arbeiter Union  Wirtschaftsbezirk „WasserKante“

Die Befreiung der Arbeiterklasse ist Sache ihrer Klassen-Organisation!

Klassenkampf und Revolution ist nicht Parteisache!

Die Allgemeine Arbeiter-Union ist die Organisation der Arbeiterklasse!

Der Gipfel sozialdemokratischer Gemeinheit.

Das Polizeiorgan der Hamburgischen Sozialdemokratie: das „Hamburger Echo“ nimmt die Ostererhebung des revolutionären Proletariats zur Veranlassung, sich in seiner ganzen bodenlosen Gemeinheit der Mit- und Nachwelt zu zeigen.

Die Bonzen in der Fehlandstr. kennen Scham nicht mehr; sie weiden sich in perverser Lust, alles von sich zu stoßen, was noch wie journalistischer Anstand aussehender könnte.

Die Redaktion des „Hamburger Echo“ besitzt eine einfach nicht mehr zu übertreffende Virtuosität, alle Verbrechen, die während der Erhebung begangen wurden, den Kommunisten zur Last zu legen. Kein bürgerliches Blatt ist in stande oder willens, es darin dem „Hamburger Echo“ nachzutun.

Die Geschichte aller Revolutionen beweist, daß die Ausgestoßenen einer alten Gesellschaft, die „gemeinen Verbrecher“, sich beim Zusammensturz schadloß zu halten suchen. Sie werden der Revolution zu Synänen; sie stoßen die Revolutionäre aus Idealismus ab, sie sind, wie die Spigel und Provokateure, die Pest einer jeden Erhebung. Das weiß jeder einigermaßen beschlagene Politiker, das wissen natürlich auch die politischen Freibeuter vom „Hamburger Echo“. Aber es ist ihnen jedes Mittel recht, die revolutionäre Arbeiterschaft vernichten zu können.

In seiner Morgenausgabe vom 30. März sagt das gelbe Reptil an leitender Stelle u. a.:

Wenn die Niederwerfung der organisierten Verbrecherbanden, die vielleicht hier und da noch einmal eine Neubelebung ihrer Pläne erfahren werden, fast 8 Tage in Anspruch genommen hat, so lag das im wesentlichen daran, daß die Plünderereien und Räuberereien nicht geschlossen, sondern vereinzelt in den verschiedensten Teilen des Reiches vorgenommen wurden, und daß die Plünderer im Durchschnitte bei eventuellen Angriffen die Waffen wegwarfen und dann an anderer Stelle ihr Heil versuchten.

Die Aufrührer sind in ihrem überwiegenden Teil in die Hände der Behörden gefallen und sehen nunmehr ihrer Strafe entgegen, die nicht wieder nach einigen Monaten amnestiiert werden darf. Denn Vergangenes und Gegenwart haben gezeigt, daß immer und immer wieder dieselben Verbrechertypen neue Aufstände inszenieren und daß jede Amnestierung nur mit neuen Verbrechen beantwortet wird. Auch in den Kreisen der preussischen Staatsregierung, die in diesen Tagen in völliger Übereinstimmung mit der Reichsregierung handelte, ist man der Auffassung, daß das organisierte Verbrechertum, das in Deutschland mittels Unterstützung durch russische Gelder einen neuen Umsturz erkünsteln wollte, der gebührenden Strafe entgegengesetzt werden muß.

Während der ersten Jahre des Sozialistengesetzes befand sich die Sozialdemokratie in einer ähnlichen Lage wie heute die Kommunisten. Sie war vor der satten bürgerlichen Gerechtigkeit einfach eine Verbrecherbande.

Als Verbrecher wurden die Wagemutigsten geheßt und abgeurteilt. Aber eine Sprache, wie sie das „Hamburger Echo“ anwendet gegen linksstehende politische Gegner, wagte selbst in der Puttkamer-Ära niemand. Auf diese Stufe sittlicher Verrohung und Gleichgültigkeit, gegen jeden öffentlichen Anstand kann nur eine Arbeiterführerschaft sinken, die ihre Stellung bedroht sieht, die um die Erhaltung ihres Gewerbes ringt.

Die linksstehenden politischen Gegner sollen von den staatlichen Organen dauernd unschädlich gemacht werden, damit die eigene Partei dominieren könne! Dies fordert die Hamburgische Sozialdemokratie durch ihr Sprachrohr, das „Hamburger Echo“.

In der ganzen Welt gelten Menschen, die ein derartiges Verlangen stellen, als Hallunken und werden abgetan. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Hamburgs aber mästet solches Ungeziefer weiter.

Die sozialdemokratische Hege gegen die Kommunisten hat schnell ihre Früchte getragen. Das „Außerordentliche Gericht des Reiches“, das gegen die „verbrecherischen“ Kommunisten bedeutend schneller und unbürokratischer arbeitet, als dies je gegen „Rechtsverbrecher“ der Fall war, verurteilte in Hamburg 8 Teilnehmer an der Demonstration am 23. März zu 15 bis 18 Monaten Gefängnis und eine Frau zu 18 Monaten Zuchthaus. Das „Hamburger Echo“ nennt die Namen der Verurteilten in Sperrdruck, sie dadurch der schwarzen Liste der Unternehmer angelegentlichst empfehlend. In der Verhandlung gaben alle Beschuldigten an, durch Zufall in die demonstrierende Menge geraten zu sein. Sipo und Orpo bezogten aber das Gegenteil. Die Hüter der Ordnung erscheinen dem Gericht selbstverständlich glaubwürdiger, denn die Angeklagten bekamen sich zur WRPD. gehörig, was in der demokratischsten Republik genügt, unglaubwürdig — und der schwersten Strafen reif zu sein. Die Sozialdemokratie aber kann dieses Ergebnis, dem noch viele folgen werden, als vollen Erfolg ihrer Aufpeitschung der öffentlichen Meinung gegen den Kommunismus buchen.

Souveränität bis zum Mißbrauch.

Die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses zum Zwecke des gemein-

samen Handelns ist der Arbeiterschaft aufgezungen worden durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

Die Zusammenfassung (Konzentration) der Arbeitsbetätigung in Groß- und Riesenbetrieben hallt tausende Lohnarbeiter unter eine Leitung zusammen. Sie alle schaffen für einen Zweck und haben sich einem Willen zu unterwerfen. Ihre Gesamttätigkeit richtet sich auf einen Punkt. Sie sind eine Mittelpunktsgemeinschaft. Vermöge ihrer Wertleistung, die das Schwergewicht der Arbeiterklasse ist, streben (gravitieren) Tausende im Betrieb und Millionen im System der Mehrwertbildung zu. Das Kapital ist eine Zentralsonne unnatürlicher Art: es befruchtet die menschliche Arbeitskraft nur soweit, als es sie in Tätigkeit halten muß, um sie lebend aufzehren zu können.

Die Arbeiter stehen in den Betrieben wie auch in Staat und Gesellschaft unwiderstehlichen Zentralgewalten gegenüber. Und wenn sie glauben, diese zentralisierte Macht ihrer Auslager durch die Zentralisation der eigenen Klasse besiegen zu können, so vergessen sie den tiefgreifenden Unterschied zwischen der zentralen Gewalt der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung über die Arbeiter und der Gewalt der Zentralinstanzen einer Arbeiterorganisation über ihre Mitglieder.

Die erste und wirkungsvollste Anwendung der zentralisierten Ausbeutung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben. Es wird da jeder Arbeitnehmer unmittelbar gezwungen, sich für den gemeinsamen Zweck: den Profit des Unternehmers, der Aktionäre usw. zu betätigen. Bei normaler Betriebsleistung muß jeder Beschäftigte mitmachen. Jeder ist ein Mädchen, auf das es ankommt, jeder opfert sein Können der Vermehrung des Reichums der Besitzenden. Die zentralisierte kapitalistische Ausbeutung findet durch die Bedrohung mit dem Hungergepenst Druckmittel, die Auszubehenden willig und bereit zur Frohn zu machen. In der Beschäftigungslosigkeit der Arbeiterklasse ist die Sklavensbereitschaft begründet.

Solange der Prolet Prolet, d. h. entzogen, beschäftigt ist, und solange er nicht den revolutionären Kampf führt um die Aufhebung seiner Beschäftigungslosigkeit: den Kommunismus — solange bleibt ihm seine Ausbeutung Selbstverständlichkeit, ja Lebensnotwendigkeit. Er ist in der Zentralisation tüchtig und unentbehrlich. Die zentralisierte kapitalistische Gewalt ergreift den Menschen ganz: Seele und Körper. Die Zauberformel der kapitalistischen Zentralisation ist die Beschäftigungslosigkeit der Masse.

Worin liegt nun der Unterschied zwischen den zentralen Arbeiter-Organisationen und der

*Dieses Abzeichen hat immer
Heinrich Vogel, Wobbebeck
entworfen H.R.*

zentralisierten kapitalistischen Ausbeutung? Welche materiellen und inneren Vorbedingungen bringt der Arbeiter in seine Zentralorganisation mit, daß sie mit ihm schalten und walten könnte, wie es Klassenkampf und Revolution erfordern?

Wir haben festgestellt, daß die innere Voraussetzung der zentralisierten kapitalistischen Ausbeutung in der Besitzlosigkeit des Proleten liegt. In seiner zentralen Organisation aber trifft dies nicht zu. Hier ist er nicht Ausbeutungsobjekt aufgrund seiner Besitzlosigkeit, sondern seine Zentralinstanzen können ihn nur als Besitzenden gebrauchen. Das Kapital braucht den ganzen Menschen: seine Schaffenskraft, seinen guten Willen, seine produktiven Fähigkeiten. Es nimmt ihn voll und restlos in Anspruch. Die Zentralstellen der Arbeiter-Organisationen können den Tätigen, den Willensstarken nicht verwenden. Er wird der Zentralleitung zur Gefahr. Er ist als persönlich Handelnder ein Krebschaden im zentralistischen Aufbau. Die zentralistische Organisation braucht nur das Geld und den Stimmzettel des Arbeiters. Je mehr er zahlt, je mehr er schweigt, je weniger er sich um die Organisation sonst kümmert — desto glatter funktioniert der Organisationsapparat. Die er bezahlt — die Berufsführer — können ihn nur so, nicht aber auch sein lebendiges Mittum gebrauchen.

In jeder Körperschaft kann nur ein Wille bestimmend sein: entweder derjenige der Führer oder der der Masse. Beides zugleich oder nebeneinander ist unmöglich. Auch ist beides nicht aufeinander angewiesen, denn es hebt eines das andere auf. Ist aber der Wille der Masse das höchste Gesetz, dann ist jede Zentralorganisation zerbrochen. Folgt die Masse den Führern, so wird sie zur leblosen Maschine, die der zentralistischen Allmacht bedarf. Darin liegt die Unfruchtbarkeit und die Erfolglosigkeit der zentralisierten Arbeiter-Organisationen im Klassenkampf und Revolution: die Arbeiter bleiben kapitalistische Lasttiere! Nur als Ausbeutungsobjekt dürfen sie sich persönlich entfalten. Als organisierte Genossen werden sie durch die Zentralisation gebunden. Indem sie die Richtigkeit der zentralistischen Oberhoheit aus dem Betrieb auf die Organisation übertragen, nehmen sie ihre Knechtlichkeit in den Klassenkampf hinein und verderben ihn.

In den Zentralorganisationen kämpft nicht einer für den anderen. Das ist ganz unmöglich, weil außer Beitragzahlen und Abstimmen keiner etwas tun darf. Hier verläßt sich einer auf den andern. Die Organisation, die die Zusammenfassung aller in der Arbeiterbewegung lebendig Tätigen sein soll, wird tote Technik in den Händen bezahlter Angestellter. Sie schafft nicht proletarische Solidarität; sie schöpft ihr Leben aus kleinstem Unterstüßungssegoismus.

Die Arbeiter-Organisation, wenn sie ihren revolutionären Zweck erfüllen soll, braucht zweierlei: 1. Freieste Entwicklungsfähigkeit für jeden Einzelnen. Also: Souveränität bis zum Mißbrauch! Und 2.: Kampfsolidarität bis zur höchsten Opferwilligkeit!

Beides ist von einander abhängig. Das eine bedingt sogar das andere, denn der revolutionäre Kampf erfordert den völlig freien Willen jedes Einzelnen. Der Wille zur Opferwilligkeit aber muß aus dem souveränen Bewußtsein der inneren Verachtung jeden Zwanges geboren werden.

Man kann die Arbeiter mit Terror und Organisationsstatut zur Geldsolidarität zwingen. Man kann durch revolutionäre Phrasen eine geistig stumpfe Masse in den Aufstand treiben.

Die sozialistische Revolution ist nur durchzuführen von innerlich freien

Menschen, die freiwillig jedes Opfer auf sich nehmen, die sich souverän fühlen, die jede Herrschaft leugnen dürfen, weil sie Selbstherrscher sind. Es giebt nur eine Bindung für den Freien: das ist die Produktionsstätte, wo er Werte schafft. Diese Bindung ist bedingt durch die Technik und ist deshalb naturnotwendig. Sie legt das Band der natürlichen Solidarität um die Betriebsangehörigen. Die solidarisch verbundene Belegschaft ist die Schule der Selbsterziehung zur inneren Freiheit und zur Befreiung von der äußeren Knechtschaft. Betriebs-Organisationen entbehren der inneren Möglichkeit, sich zentralistisch zu verbinden. Sie brauchen die freieste Entwicklungsmöglichkeit, die Mitglieder sozialistisch zu schulen und die Solidarität zu entwickeln.

Lieber Souveränität der Masse bis zum Mißbrauch, als Mißbrauch der Souveränität der Führer über die Massen.

Memel.

Der sieghafte Gedanke einer proletarischen Klassenbewegung, die zur Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft und zum Kommunismus führen wird, ist in der Allgem. Arb.-Union Tat geworden. Daß die unionistischen Revolutionsideen aus den Arbeitermassen selbst kommen und nicht von irgendwelche Revolutionstheoretikern ausgeklügelt sind, beweist ihr Wirken in der entlegensten Ecke des Reiches. Wir erhalten aus Memel einen Konferenzbericht, dem wir Folgendes entnehmen:

Der Vertreter aus Hendekrug teilte mit, daß sich die Allgem. Arb.-Union am Orte gut entwickelt habe. Es komme aber nicht darauf an, nur Mitglieder zu werben. Soll die Aufgabe der A.A.U. gelöst werden, so müsse zuerst und vor allem das Klassenbewußtsein in den Arbeitern entwickelt werden. Der Wille des einzelnen, der Wille eines Betriebes, der Wille der ganzen Klasse kann durch die Betriebsorganisation zur Geltung kommen, indem jedes Mitglied persönlichen Anteil am Organisationsleben nimmt.

In Brökuls ist durch die A.A.U. ein reges geistiges Leben in die Arbeiterchaft gebracht worden. Die verstreut liegenden Wohnorte erschweren regelmäßige Zusammenkünfte. Doch wächst die Zahl der Arbeiter, die sich bewußt für die Interessen ihrer Klasse einsetzen.

In Memel selbst stehen die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Kapitalisten als Hezer gegen die A.A.U. Es ist hier das Recht des Unternehmers und der Beruf der Bonzen, die Arbeiter zu terrorisieren, sie zu beschneiteln und aufs Pflaster zu werfen. Mit Hilfe der sogenannten „Volksstimme“ hatten in der ersten Dezemberwoche die Gewerkschaftsführer eine Generalstreik-Romdie veranstaltet. Dieser „Generalstreik“ jedoch wurde im Versammlungslokal, dem „Gesellschaftshaus“ erledigt. Die Herrn Führer kamen in die Regierung des „Freistaates“. Den Schiebern und Wucherern zum Segen und den betrogenen und ausgebeuteten Arbeitern zum Fluche.

Wir wünschen unsern Genossen im Memelgebiet guten Erfolg und sind überzeugt, daß wir in allen gemeinsamen Kämpfen um den Kommunismus, sei es im Geiste oder mit der Tat, zusammenstehen werden.

Rotsehen.

Bis vor etwa 20 Jahren stand auf Steinwärdler ein gewaltiger Fabrikschlot. Er hatte keinen praktischen Zweck mehr und wurde auf Veranlassung der Behörden von den Harburger Pionieren gesprengt. Dieser Schornstein hat der Sozialdemokratie unter

dem Ausnahmegefege eine prächtige Agitationsnummer. Es wagte nämlich niemand, das schwankende Gemäuer zu besteigen. Da entschloß sich ein Genosse, ein Klempner, eines Nachts, den Aufstieg zu wagen und die rote Fahne hinaufzupflanzen. Es gelang. Ein paar Tage lang flatterte das verhasste Rot über Steinwärdler. Der Feuerwehr gelang es schließlich, unter Lebensgefahr die Fahne herunterzuholen. Der wagewichtige Klempner wurde verraten und erhielt von der rächenden Ordnung für seine mutige Tat 9 Monate Gefängnis.

Damals erhob die Sozialdemokratie einen fürchterlichen Lärm, ob der Gefängnisschmach, die einem mutigen Menschen angetan wurde. Und einige von jenen Leuten, die sich aufregten, leben heute noch, sind allerdings in Amt und Würden gelangt. Sie sind heute satt, also sind sie für die Ordnung um jeden Preis. Sie befriedigten sich am welken Laub ihres speyerlichen Daseins, also scheuen sie vor dem Revolutionsrot zurück. Sie fühlen sich belästigt, durch aufreizende Farben, und lassen den, der es wagt, die rote Fahne zur Schau zu stellen, verhaften.

Die unter dem Befehl des Herrn Polizeisenator Hense stehende Kriminalpolizei verhaftete den Maschinenbauer Friedrich Schlanze. Sch. wird beschuldigt, auf dem Direktionsgebäude von Blohm & Voß die rote Fahne gehißt und so das Signal zur Arbeitseinstellung gegeben zu haben. Er wurde dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Als Herr Hense noch Maurergeselle war, band er mit Vorliebe, wenn er seine Arbeitsstelle wechseln mußte, Hammer, Kelle und Holzpantoffel in ein blutrotes Taschentuch. So fühlte er sich fürchterlich revolutionär und träumte wachend von der Zukunft, wenn er einmal dem Vampir Kapital den Garaus machen könnte. Und heute — Dreißig Arbeiterleichen an einem Tage auf Befehl des Herrn Hense! Ins Kabuff mit dem, der es wagt, rot zu schlagen; Auf Befehl des Herrn Hense! Wir schätzen, dem Herrn Polizeisenator wäre ein rotes Taschentuch auch heute noch lieber wie seine ganze Kriminalpolizei, müßte er noch mit Hammer und Kelle arbeiten.

Eine noble sozialdemokratische Tat.

Die vereinigte kommunistische Partei steht im schwersten Kampfe mit der Gegenrevolution. Wir stellen alles zurück, was uns von der Partei trennt. Wir tun es aber nicht der Partei wegen, sondern aus Solidarität mit den Arbeitern, die in ihr und mit ihr kämpfen.

Dieses gewaltige Ringen mit der Reaktion ist ein Lebenskampf zugleich um den Weiterbestand der V.R.P.D. Uns geht es jetzt nicht um die Niederringung einer Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht, die Allgem. Arb.-Union wieder in die Gewerkschaften überzuführen. Wir stellen die gemeinsamen proletarischen Interessen über alles und darum treten wir heute für diese Partei ein, die uns ja eigentlich den Tod geschworen hatte.

Der Parlamentarismus, an dem die V.R.P.D. festhielt, droht ihr jetzt zum Strick zu werden, mit dem sie erdroffelt wird. Das gelbe „Hambg. Echo“ schrieb unterm 30. 3. 21:

Aus der Bürgerschaft ausgeschieden ist, wie wir hören, Herr Häusler, der bisher der kommunistischen Partei angehörte, wegen der bekannten Vorgänge aus ihr ausgetreten ist. Er gehörte als Schriftführer dem Vorstand der Bürgerschaft an. Als Nachfolger in diesem Amt wird kein Mitglied der kommunistischen Partei wieder in Frage kommen; denn diese Partei hat dadurch, daß sie zu rohem Gewaltkampfe aufforderte, mit dem Ziel, die gegenwärtige verfassungsmäßige Regierung zu stürzen und damit auch das Parlament selbst zu beseitigen, kein Anrecht

mehr auf gleichmäßige Behandlung mit andern, die gesetzlichen Zustände anerkennenden Parteien. Sie hat im Grunde aufgehört, überhaupt eine politische Partei zu sein.

Die Sozialdemokratie nimmt die Gelegenheit beim Schopf, eine Arbeiterpartei mit der sie konkurrenzen soll, los zu werden. Solch Verfahren ehrt so sehr die rücksichtsloseste sozialdemokratische Demagogie wie es die Unmöglichkeit bestätigt, daß in den Parlamenten etwas geschehen könnte, was die revolutionären Interessen des Proletariats fördert. Die demokratischste aller Parteien, die Partei, die den Parlamentarismus mit Löffeln gegessen hat, tritt nun selbst dafür ein, daß nichtdemokratische Organisationen in den Parlamenten nichts zu suchen haben. Das ist recht so: Die sozialdemokratische Rücksichtslosigkeit, die eine Folge der wiedererstarkten Reaktion ist, öffnen den Arbeitern die Augen über den Unwert des Wählens zu den Parlamenten.

Daß man die Kommunisten aus der Bürgerschaft drängen will, ist weiter nicht tragisch zu nehmen. Tatsächlich gehören Revolutionäre nicht in ein bürgerliches Parlament. Daß man auch, und zwar wieder sozialdemokratischerseits, die Immunität der kommunistischen Parlamentarier aufhebt, ist für die Führer der Partei schon gefährlicher. Wir entnehmen der bürgerlichen Presse folgenden Bericht:

Der von der Bürgerschaft zur Beratung einer neuen Geschäftsordnung niedergesetzte Ausschuß hatte sich mit dem Antrage des Generalstaatsanwalts Hamburg um die Einwilligung der Bürgerschaft zur Strafverfolgung der Bürgerschaftsmitglieder Lindau, Zöllner, Köppen und Bästlein zu beschäftigen. Die Strafverfolgung Lindaus erfolgt wegen Hochverrats usw., die Strafverfolgung Zöllners, Köppens und Bästleins wegen Land- und Hausfriedensbruchs, gemeinschaftlicher Nötigung und Aufruhrs. Die dem Mitgliede Lindau zur Last gelegte strafbare Handlung wird darin erblickt, daß er die Nummern 66, 67 und 68 der „Hamburger Volkszeitung“ vom 19., 21. und 22. März 1921, in denen zum Kampf mit den Waffen gegen die bestehende Regierung aufgefordert wird, als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat, während den Mitgliedern Zöllner, Köppen und Bästlein zur Last gelegt wird, daß sie am Mittwoch, 23. März 1921, früh 7 Uhr, an der Spitze von mehreren hundert Erwerbslosen rechtswidrig in die Werft von Blohm & Voß eingedrungen sind, den ordentlichen Betrieb dortselbst stillgelegt, das Direktionsgebäude besetzt, die Werftleistung bedroht und die Werft besetzt gehalten haben, bis sie durch die Ordnungspolizei entfernt worden sind. Der Ausschuß sagt in seinem Bericht: Von einem Mitgliede des Ausschusses wurde die Ansicht vertreten, daß, da die Geschäftsordnung keinerlei Bestimmungen über die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung enthalte, eine solche auch nicht erteilt werden könne, es dürfe auch aus prinzipiellen Gründen eine solche niemals gegeben werden. Die weit überwiegende Mehrheit des Ausschusses vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß über die Frage der Genehmigung trotz des Fehlens entsprechender Bestimmungen von Fall zu Fall zu entscheiden sei, wie es auch in dieser geübter Praxis geschehen sei. Die Immunität der Abgeordneten dürfe niemals ein allgemeiner Freibrief zum straflosen Begangen von Verbrechen und Vergehen sein. Die den vorgenannten Mitgliedern der Bürgerschaft zur Last gelegten strafbaren Handlungen seien, insonderheit mit Rücksicht auf die weiteren Folgen, die dieselben gezeitigt hätten, so schwerer Art, daß der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen werden müsse; es läge ein ganz außerordentliches öffentliches Interesse dafür vor, daß der eventuellen Süh-

nung solche strafbaren Handlungen keine formellen Schwierigkeiten entgegenständen. In Anwesenheit von 9 Mitgliedern hat der Ausschuß daraufhin mit 8 gegen 1 Stimme beschlossen, die erbetene Genehmigung zu erteilen. Der Ausschuß beantragt daher: Die Bürgerschaft wolle die vom Generalstaatsanwalt in Hamburg erbetene Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Lindau, Zöllner, Köppen und Bästlein erteilen.

In diesem famosen Ausschuß sind die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke vertreten. Die Sozialdemokraten also fast zur Hälfte. Sie hat geschlossen für die Auslieferung der Kommunisten an die Staatsanwaltschaft gestimmt.

Es gab einmal eine Zeit wo die sozialdemokratischen Parlamentarier sich nur durch die Immunität retten konnten vor der Strafverfolgung und sie diese parlamentarischen Freibriefe für alle Verbrechen rücksichtslos anwendeten. Heute sind dieselben Herrschaften an der Macht, heute sind sie satt, heute gilt ihnen nur die Immunität der Arbeitererräter vor den Massen im Schutze der Staatsgewalt.

Der Spizel Ehlers.

Der Angriff auf die arbeitswilligen Erwerbslosen in Hamburg in der Osterwoche hatte bereits seinen Vorläufer. Im Sommer 1920 veranstalteten die Erwerbslosen im Zirkus Busch eine öffentliche Versammlung.

Dort trat der, den Kommunisten als Spizel bereits verdächtige Ehlers als Referent auf und rief in die Versammlung hinein: es müßten die Lebensmittellager gestürmt werden; nur mit der Masse sei den Erwerbslosen zu helfen. Als dann nach Schluß der Versammlung ein Trupp Erwerbsloser unbewaffnet durch die Straßen zog, wurde er von der sogenannten Sicherheitspolizei angegriffen. Auch aus den Fenstern wurde auf die Demonstranten geschossen. Ehlers verschwand damals aus Hamburg und hinterließ das Gerücht, er sei nach Finnland geflüchtet. Er war aber nach Bremen gegangen und arbeitete dort als Provokateur. Nun, als die Hamburger Erwerbslosen sich Arbeit verschaffen wollten und in ihrer Verzweiflung in die Betriebe eindringen, war Ehlers plötzlich wieder da und drängte sich an die Spitze.

Es ist demnach die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Ehlers gedungen und bezahlt wurde, blutige Zusammenstöße mit den Erwerbslosen herbeizuführen.

Im Sommer vorigen Jahres brauchten gewisse Leute vor den Wahlen das Blutbad unter den Erwerbslosen, um ihre Regierungsfähigkeit beweisen zu können. Nun aber hat Ehlers wiederum wertvolle Dienste leisten können zur weiteren Niederhaltung der Erwerbslosen. Er hat sich im Laufe der Zeit zu einer unentbehrlichen Stütze der interessierten Kreise entwickelt, die für diese schon deshalb wertvoll ist, weil sie sich noch nicht klar darüber sein dürften, ob durch die letzten Ereignisse der revolutionären Sache der letzte Stoß versetzt worden ist.

Kommunalware.

Am 18. 3., vormittags, gingen zwei Arbeiter in das bekannte Kleidergeschäft von Büsing & Zeyn am Gr. Burstah, um einen neuen Anzug zu kaufen. Sie wurden in eine Abteilung gewiesen, wo der Ladengehilfe sie äußerst freundlich empfing. Nach Wieselart glitt er um die Rundschaft herum und sein Schnäuzlein babbelte wie ein Bergbach. Die erste strittige Frage war der Preis: die Proleten hatten im Höchsthalle 600 Mk. für

einen Anzug zur Verfügung. Der Herr Verkäufer aber meinte, unter 900 Mark werde kaum etwas zu finden sein. Das Geschäft konnte sich zerschlagen. Der aalglatte Ladenhelfer mußte Rat. In geheimnisvoller Zutraulichkeit entwickelte er sein Projekt: Durch Schiebung ließe es sich machen. Er holte einen Anzug ohne Preisauszeichnung herbei, und verlangte 100 Mark für sich, die ihm vorher ausgehändigt werden sollten. Auf den Schein für die Kasse wollte er dann 400 Mark schreiben. So bekäme der Käufer einen guten Anzug für 500 Mark und dem Ladenhelfer flößen für seine Menschenfreundlichkeit 100 Mk. ins eigene Portemonnaie.

Soweit gut. Wenn der schiebergewandte Herr nicht gar so süßwiderlich gewesen wäre: die Proleten hätten das „Geschäft“ gemacht; aber sie empfanden eine Art Ekel vor dem Menschen und lehnten ab.

Doch guter Rat stellt stellt sich in einem Kleidergeschäft stets zur rechten Zeit ein.

Der Verkäufer verfügte auch über „Kommunalware“. Dafür müßte zwar ein Bezugsschein beigebracht werden, aber das würde er schon alles einrichten. Er holte einen Kommunal-Anzug herbei. Und siehe da! Das war genau derselbe Stoff, derselbe Schnitt, dieselbe Fütterung wie beim ersten Schieberobjekt. Und der Preis war nunmehr 420 Mark!

Jetzt wurde den Proleten der Betrug zu hanebüchen. Sie gingen ohne zu kaufen.

Auf der Judenbörse wandten die Händler früher den Trick an, daß sie in die alten Kleider Geldrollen steckten. Der Käufer fühlte sie in den Taschen und bezahlte vor Freuden jeden geforderten Preis. Nachher stellte es sich dann heraus, daß die Rolle 100 Zwei-Pfennigstücke enthielt und das Beinkleid um mindestens 10 Mark zu teuer bezahlt war.

Wir wissen nicht, ob der Trick bei Büsing & Zeyn mit Wissen der Firma geschah. Jedenfalls ist es Judenbörseart. Und hat auch nur der Ladenhelfer persönlich an der „Kommunalware“ 100 Mk. verdienen wollen, so ist es doch notwendig, daß die Arbeiter vor diesem „Geschäft“ gewarnt werden müssen.

Der Streik der Kohlengräber in England.

In England sind die Bergarbeiter wieder in den Lohnkampf getreten. Die Regierung hat den Ausnahmezustand erklärt. Die Kohlenausfuhr ist verboten. Der Hauptgrund, der zu der Aktion der englischen Bergarbeiterschaft Anlaß gab, liegt in der Aufhebung der staatlichen Kontrolle über die Kohlen-Industrie und die sich hieraus ergebende Ausschaltung des im Oktober vorigen Jahres getroffenen Lohnabkommens. In den vorhergegangenen Aktionen forderten die Bergarbeiter eine Erhöhung des Tageslohnes von 2 Schilling. Die englische Regierung lehnte diese Forderung ab, erklärte sich später aber mit einem sechsmonatigem Provisorium einverstanden, nach dem die Arbeiter im Verhältnis zur Steigerung der Kohlenförderung Prämien erhielten. Die Grubenbesitzer wollen die Prämien nicht mehr zahlen und fordern von der Regierung die Deckung der durch die Wirtschaftskrisen entstandenen Verluste. Neue Verhandlungen zeitigten seitens der Grubenbesitzer den Vorschlag, für die einzelnen großen Kohlenreviere Lohnabkommen zu treffen, nach dem sie den Arbeitern 1 Schilling weniger als bisher zahlen wollten. Die Bergarbeiter erklärten sich damit nicht einverstanden. Lohnabzüge könnten sie nicht zulassen, während die Preissteigerung forschreitet. Der Streik begann, bürgerliche Streikpropheten rechnen be-

reits aus, daß der Lohnkampf 3 Wochen dauert. Dieser Streik wird, wie es immer war, von der Regierung beigegeben werden. Denn solange die englischen Arbeiter an ihrer Trade Union festhalten, haben ihre Lohnkämpfe keine besondere Bedeutung.

Groß-Hamburg.

In der Nacht vom 25. zum 26. März wurde das Büro der Allgemeinen Arbeiter-Union von einem unverhältnismäßig starken Aufgebot der Stipo heimgejagt. Drei armierte Lastautos fuhren die Mannen kaum. Dem abmahnenden Kommando wurde die Sicherheit der Straßensicherheitskommissionen nicht unter den Ordnungshütern auch Elemente, die scheinbar durch keinerlei Disziplin zu zügeln sind. Denn daß unsere Schranken erbrochen werden mußten, finden wir begreiflich, anders kann man nicht suchen. Daß aber vieles, was des Mitnehmens wert schien und mit dem Zweck der „Aktion“ unmöglich in Verbindung gebracht werden kann, dabei verschwand, ist für die Qualifikation der Ordnungshüter bezeichnend. Sie verschwanden etwas stiller als sie gekommen waren. Wir aber haben bis heute irgendeinen behördlichen Bescheid nicht erhalten. So regiert man in Hamburg.

Aber auch unsere Zeitung, „Der Unionist“ Nr. dreizehn, verfiel am 30. März der Beschlagnahme. Das hängt schließlich sogar vielleicht mit der ominösen Zahl Dreizehn zusammen, die schon manch' einem Bech gebracht haben soll. Anders kann man sich kaum erklären, da ein Genosse, der sich während der Beschlagnahme freiwillig meldete und die Verantwortung übernehmen wollte, kaum angehört wurde. Man hat den Belagerungszustand verhängt, um keine Gesetze anwenden zu müssen. Jedermann mit etwas Rechtsempfinden würde mitteilen, warum das Büro erbrochen wurde, welcher Verdacht vorlag, und welchen kriminellen Wert die mitgenommenen Sachen haben. Fällt der Stolten-Hense-Regierung garnicht ein. Wir sind weit davon entfernt, uns über derartige Regierungskünste zu beschweren. Wir wollen jedoch den Arbeiter mit diesen Tatsachen zeigen, welchem Schicksal sie verfallen würden, wenn die sozialdemokratische Führerschaft ihren Zukunftsstaat errichten sollte.

Aus den Organisationen.

Die allgemeine Mitgliederversammlung am 3. 4. der Ortsgruppe Groß-Hamburg nahm den Bericht der Bezirkskonferenz entgegen und faßte hierzu diesen Beschluß:

Die Versammlung erklärt, daß eine Abstimmung auf der Bezirkskonferenz nach Mitgliederzahl die Vergewaltigung der kleinen Ortsgruppen bedeutet. Daher verzichtet die Ortsgruppe Groß-Hamburg auf diese Abstimmungsart und sie hält die Abstimmung nach Ortsgruppen für die allein richtige Praxis.

Die Erklärung Laufenberg-Wolfheim wurde von der Versammlung verworfen und beide wurden aus der A. A. U. ausgeschlossen.

Betr.-Org. Reihertstieg III, Brandenburg-Verft: Es wurden die Mitglieder Plog, Bader und Hinkelmann aus der A. A. U. ausgeschlossen.

Betr.-Org. Blohm & Voß: Alle Genossen, welche Marken und Gelder unserer Betr.-Org. noch im Besitz haben und besonders die entlassenen Genossen und auch die-

jenigen, welche wegen eines Defizits im Markenbestand ihren Posten niederlegten, werden dringend ersucht, in der am Sonntag, den 10. April 1921, vorm. 9 Uhr, b. Möller, Paulinenplatz stattfindenden Vertrauensmännersitzung zu erscheinen. Alles der B. O. gehörende Geld und Material ist mitzubringen.

Der Obmann.
Betr.-Org. Deutsche Verft: Es haben alle Genossen in dem am 13. u. 20. April 1921 im Lokale von Grafe, Friedrichstr. 14 stattfindenden Versammlungen persönlich zu erscheinen und ihre Mitgliedsbücher abzugeben. Wer dieser Aufforderung bis zum 20. April nicht nachkommt, gilt als ausgeschlossen.

Der Obmann.
Betr.-Org. Jansen & Schmilinski, Neue Verft: Hier hat die S. P. D. einen regelrechten Spiondienst gegen Unionisten u. Kommunisten organisiert. Sie wird derart auf allen Verften verfahren, denn ihr Vorhaben ist nun, möglichst viele Arbeiter, die nicht an die sozialdemokratische Regierungsweisheit glauben, ins Gefängnis oder mindestens aus der Arbeit zu bringen. Bei J. u. Sch. tritt die gemeine Handlungsweise der S. P. D. darum besonders in Erscheinung, weil einer ihrer Anhänger: Bollmann, als Spigelamateur ganz besonders „ungeschickt arbeitet.“

Bekanntmachungen der AAU., Ortsgruppe Gr.-Hamburg.

Das Büro befindet sich Hamburg 3, Kohlhöfen 20 und ist werktäglich abends von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Mittwochs und Sonnabends wird nur abgerechnet und Material empfangen.

Jeden Freitag abend 7 Uhr im Büro allgemeine Obleutesitzung.

Berichte und Bestellungen für den „Unionist“ sind ins Büro an die Pressekommission zu richten und müssen spätestens bis Dienstagabend eingelaufen sein.

Geldsendungen für die Pressekommission sind nur zu richten an den Genossen Heinr. Löpers, Hamburg, Nicolaistr. 31, II. Alle anderen Sendungen sind zu richten: An die Pressekommission der A. A. U. in Hamburg, Kohlhöfen 20.

Sitzung der gesamten Pressekommission regelmäßig jeden Sonnabend, abends 7 Uhr, im Büro, Kohlhöfen 20.

Ausgabe der Zeitung Donnerstags v. 5-7 Uhr.

Berichte und Mitteilungen für den „Unionist“ müssen möglichst mit Tinte, mindestens aber gut lesbar geschrieben sein.

Jeden Montag, abends 7 Uhr, Vertrauensmännersitzung der Hafen- und Verkehrsbetriebe im Büro, Kohlhöfen 20.

Zusammenkunft der Vertrauensleute der Eisen- und Metallindustrie jeden Montag nach Arbeitsschluß bei Möller, Paulinenplatz.

Den Genossen der aufgelösten KAP des Bez. Rothenburgsort zur Kenntnis, daß die restlichen Mk. 321,35 an in Not geratene Genossen verteilt worden sind. Quittung liegt vor.

Für die Streikenden der Landbetriebe eingegangene Gelder vom 21. 3. — 5. 4. 21:
Hafen II Mk. 220,—; Hafen I. 500,—
Norddeutsche Affinerie 300.—; Bez: Alt-Neustadt 150,—; Betr. Heiden 60,—; Privat-

Telephongesellschaft 50,—; Bez. Altona-Ottensen 135,—; Lucau-Steffen 81,—; Straßenreiner 10,—; Bez. Wandsbek 300,—; Elektrizitäts-Werke Bill 175,—; Zinkhütte Billbrook 110,—; Hamburger Verft 350,—; Schenk u. Comp. 81,—; Reihertstieg-Verft 700,—; Gall u. Seitz: ein Genosse 5,—; Bez. Winterhude 100,—; Norddeutsche Affinerie 244,—; Von Wilhelmshaven 2000,—; Bez. Altona-Ottensen 135,—; Betr. Lucau-Steffen 48,—; Bez. Eppendorf 50,—; Straßenreiner 10,—; Betr. Höfner 70,—; Zinkhütte Billbrook 140,—; Bez. Schiffbek 100,—; Betr. Gall-Seitz 15,—; Bez. Winterhude 50,—; Norddeutsche Elektr. Motor 83,—; Betr. Kröner-Meier 45,—; Betr. Ortman-Herbst 40,—; Hafen II. 200,—.

Berichtigung: Die in Nr. 12 d. „Unionist“, quittierten Mk. 2600,— gingen ein von der Vulkan- und nicht von der Stülken-Verft.

Schröder.

Betr.-Org. Vorderverft.

Am Sonntag, den 10. 4. 21, morgens 9.30 Uhr Versammlung bei Möller, Paulinenplatz. Wegen der wichtigen Tagesordnung darf kein Genosse fehlen. Der Obmann.

Bezirk Altstadt-Neustadt-St. Pauli.

Versammlung am 10. 4. 21, vorm. 9.30 Uhr bei W. Bauke, Kohlhöfen. Erscheinen Aller ist notwendig. Der Obmann.

Ruf!

Während der bewaffneten Aktion der Hamburgischen Regierung gegen die arbeitswilligen Erwerbslosen in der Osterwoche fielen dem Wüten der „Ordnung“ auch unsere Genossen

Friedrich Clausen

und

Jonny Meyer

zum Opfer. Beide Getöteten waren unbewaffnet und wurden wahllos, wie alle anderen, niedergestreckt.

Wir werden unseren ermordeten Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

Allgem. Arbeiter-Union
Ortsgruppe Groß-Hamburg.

Versammlungskalender

vom 8. bis 14. April 1921.

Bez.-Org. Eimsbüttel jeden Donnerstag bei Sturm, Schwendestraße 21.

Bez.-Org. Hamn-Borgfelde-Horn jeden Sonnabend 7 1/2 Uhr, bei Weselmann, Ausschlägerweg 56.

Betr.-Org. Zinkhütte, Billbrook jeden Donnerstag, 4 Uhr bei Koch, Schiffbek.

Betr.-Org. Luckau & Steffens jeden Donnerstag, bei Wagner, Gentischstr.

Bez.-Org. Winterhude, Montag den 11. 4. bei S. Schmidt (früher Günther) Hudtwalkerstr.

Jeden Donnerstag, von 7 bis 9 Uhr, Zahlabend.

Betr.-Org. Kathifksarbeiter: Sonntag, d. 10. 4., morg. 10 Uhr, b. Knaup, Schopensthl.

Bez.-Org. Barmbek-Uhlenhorst: Jeden Sonnabend, 7 Uhr abends, Zahlabend b. Bender, Elsfahr 24.

Bez.-Org. Altona, Ottensen. Montag, d. 11. 4. bei Brandt, Gr. Bergstr. 136, Altona.

Betr.-Org. Barkassenführer: Sonntag, d. 10. 4. morg. 10 Uhr b. R. Przewczek.

Betr.-Org. Eisenbahner-Altona. Sonntag, d. 10. 4., morg. 9.30, b. Landau, Wilhelmstr. 85, Altona.

Verantwortlich: Karl Roche, Hamburg.

Druck: Albert Fr. Heil, Hamburg.

Verlag: Pressekommission der A. A. U. Groß-Hamburg